



Knoten lösen - mit FDP zur Kurskorrektur 2009 – 2014

Vorlage für KPT 2.2. 2009

Ziele:

- Lähmung durch Große Koalition beenden
- Verschuldung stoppen, Werteverzehr beenden
- Bessere Schul- und Lernbedingungen für Kinder
- Bürokratie und Schreibtischherrschaft beenden

I. Schluss mit Trippelschritten und Schulden: Große Koalition - kleine Lösungen

Warum ?

Die Große Koalition muss beendet werden, weil sie keine klaren Entscheidungen trifft, sondern sich mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner begnügt. Eine gemeinsame Schnittmenge bilden steigende Schulden. Das ist teuer für die Bürger.

Die SPD nennt das Daseinsvorsorge, die CDU nennt das Konsolidierung der Stadtfinanzen. Beide Etiketten sind falsch. Sie werden nur durch gemeinsame Mehrheit ausgegeben.

Schulden 2008: 800 Mio.€ davon 500 Mio. Kassenkredite, nur 350 für Investitionen
Zusätzliche Schulden der städt. Betriebe Stand 2007: 644 Mio. €

Beleg für 2009: Die Steuereinnahmen der Stadt brechen wegen der Wirtschaftskrise ein, die Verwaltungsausgaben der Stadt steigen noch.

Die Verwaltungs- und Betriebskosten sind jedes Jahr wesentlich höher als alle Einnahmen. Eine vergleichende Untersuchung der Verwaltungskosten anderer Städte wurde lange Zeit verhindert. Gegenwärtig wird sie mit solcher Vorsicht vorgenommen, dass spürbare Konsequenzen von vornherein ausgeschlossen sind. Gutachten ja, aber am Ende müssen die Konsequenzen spürbar werden.

Beispiel Verhältnis Steuereinnahmen – Ausgaben aus 2007

Einnahmen aus Steuern	257 Mio. €	Ausgaben für Personal	128 Mio. €
aus Verwaltung u. Betrieb	148 Mio. €	für Verw. U. Betrieb	167 Mio. €
sonstige Einn.	33 Mio. €	für Sozialhilfen	80 Mio. €
abzügl. Steuerbet. U. Uml.	-38 Mio. €	für Schuldzinsen	36 Mio. €
		für Investitionen	17 Mio. €
Summen	390 Mio. €		428 Mio. € Defizit = 38 , seit 2001 = 500 Mio.€

Im Jahr 2009 steigert sich das Defizit aus Einnahmen und Ausgaben auf 116 Millionen € einschließlich 30 Mio. Abschreibung.

Noch in 2009 droht die Verschuldung von 1 Milliarde. Es werden 40 Mio. € Zinsen gezahlt. Geld für Tilgung ist nicht vorhanden. Die Tilgungen von 17 Mio. € werden über zusätzliche Kredite bedient.

Kapital in Beteiligungsgesellschaften besser nutzen – Risiken vermeiden

Die städtisch beherrschten Gesellschaften müssen für die Einschätzung der Finanzlage einbezogen werden. Die Kurzfassung der Lagebeschreibung lautet:

- Es zeichnen sich Risiken ab.
- Es steigen die Schulden.
- Es verringert sich das Eigenkapital einiger Gesellschaften (z.B. TWL)
- Die Kapitalrendite ist negativ, TWL zum Beispiel – 2,5%. Wer legt so sein Geld an?

Ein Risiko, das gar nicht ausgewiesen ist, sind Bürgschaftsleistungen der Stadt für Kredite der Tochterunternehmen, zum Beispiel Kredite der GAG in einer Höhe von nahezu 300 Millionen € Bei der gegenwärtigen Diskussion um verdeckte Risiken im Finanzgeschäft ist dies nicht ohne Brisanz. Wie wollte die Stadt für die Bürgschaft aufkommen?

Die städtischen Unternehmen entwickeln einen enormen Parallelbetrieb zur Verwaltung:

Zum Beispiel: Mitarbeiter in der Kernverwaltung 2.158
Mitarbeiter in Tochterunternehmen 3.430

Schulden Stadtverwaltung / Haushalt 800 Mio. €
Schulden städt. Unternehmen 644 Mio. €
1.444 Mio. € oder 1,44 Mrd.

Der Amtsschimmel treibt sein Unwesen - Schreibtischherrschaft wächst

Wo Politik sich lahm legt, wächst die Macht am Schreibtisch. Neue Vorschriften sollen den geschäftlichen Niedergang in Innenstadt und Stadtteilen beenden. Ein Birnbaum auf einem Privatgrundstück wird zum Naturdenkmal befördert, der Grundstückseigentümer muss für dessen Wohlergehen haften und darf sein Grundstück nur noch eingeschränkt nutzen.

Im Baurecht floriert die Regelungsfreude, wenn es sich um private Bauherren handelt. Ist eine städtische Gesellschaft Bauherr, wird zum Beispiel auf eine Verpflichtung wie den Stellplatznachweis großzügig verzichtet, so muss die GAG für das zukünftige Ärztehaus in der Pflingstweide nur die Hälfte der geforderten Stellflächen erbringen.

Gärten und Vorgärten, die über Jahre von den Eigentümern bepflanzt und gepflegt wurden, werden mit Baurecht überzogen, weil man meint, die privaten Gärten in ihrem vorbildlichen Aussehen nun städtisch schützen zu müssen.

Bauschutt – Große Koalition lässt Bürger hängen

Wollen Sie bauen oder sanieren? Beeilen Sie sich, ab 2009 haben Sie für Bauschutt keine Entsorgung mehr. Die Deponie Rheingönheim wird geschlossen, für eine neue Deponie fand man keine Lösung. Für die Stadt selbst, die GAG, TWL oder VBL bleibt die Bauschuttentsorgung geöffnet. Nur falls Sie privater Bauherr sind, müssen Sie Ihren Bauschutt den Nachbargemeinden andienen, zu einem guten Preis und ordentlichen Frachtkosten. So löst die Große Koalition Probleme auf dem Rücken der Bürger.

„Wenn es der Stadt nützt, darf es dem Bürger schaden“? NEIN !

Stadtgeheimnis Nr. 1: Was macht die Große Koalition?

Akten, Vorschriften, Schulden – der Rest ist streng vertraulich.

II. Nachwuchs stärken – Chancen geben – Karrieren bieten Schulen sanieren und modernisieren

Der Sanierungsbedarf für Schulen liegt bei 125 Mio. € jährlich werden bisher für Schulsanierung 5 bis 7 Mio. € aufgebracht. Viele Kinder, die jetzt zur Schule gehen, werden das anstehende Sanierungswerk in ihrer Schulzeit nicht erleben. Denn jährlich werden neue Baumängel festgestellt, so dass der Berg nicht abgetragen wird. Wir haben im Stadtrat deshalb ein Sonderprogramm Schulsanierung gefordert. Wir wollen ein Finanzierungspaket von fünf mal 20 Millionen – also jährlich 20 Mio € in fünf Jahren. Nur so kann die Sanierungslast wirksam abgetragen werden. Moderne Schulen haben Vorrang vor Prestigeprojekten.

Lernbarrieren überwinden -

Mehr als 250 Schüler verlassen pro Jahr die Schule ohne Abschluss. Ohne Abschluss kein Lehrvertrag, ohne Lehre keine Arbeit, ohne Arbeit enden die Lebensperspektiven junger Menschen bevor sie nur volljährig sind.

Können wir uns das leisten, dass jedes Jahr weitere 250 Jugendliche zu Verlierern in unserer Stadt gestempelt werden? Wir sagen nein. Wir dürfen junge Menschen nicht ins Abseits stellen. Und bezahlen können wir es auch nicht. Denn wer nichts verdienen kann, braucht dauerhafte Unterstützung. „Sozialtransfer“ nennt es die Fachsprache.

Setzt man für die 2500 Menschen, die seit 1998 keinen Hauptschulabschluss erreicht haben, eine monatliche Unterstützung von nur 400 € an, so sind das pro Monat 1 Mio. und pro Jahr 12 Mio. €. Jährlich kommt 1 Mio. € hinzu. Geld, das an anderer Stelle in Ludwigshafen fehlt, z.B. für die Modernisierung unserer Schulen oder Verbesserung der Unterrichtsbedingungen.

Unser soziales Zusammenleben wird brüchig. Unsere finanziellen Grundpfeiler können die wachsende Last nicht mehr tragen.

Unsere Forderungen:

1. Es müssen in den Bildungsgängen für Haupt- und Realschule (später Realschule Plus) ab dem fünften Schuljahr Fördergruppen für Schüler mit Lernschwächen eingerichtet werden. Die Stadt würde die sachlichen Voraussetzungen schaffen, das Land soll die notwendigen Lehrerwochenstunden für Förderunterricht bereit stellen. Auf diese Weise sollen Lernbarrieren – überwiegend Sprachbarrieren – überwunden werden, um den Schülerinnen und Schülern eine Mitarbeit im regulären Unterricht Zug um Zug zu ermöglichen.
2. Die Sprachförderung muss schon in Kindertagesstätten begonnen und in der Grundschule intensiviert werden. Auch hier müssen – soweit notwendig – Fördergruppen gebildet werden.
3. Die Kooperation zwischen Hauptschulen / Realschulen und den Berufsbildenden Schulen muss verstärkt werden, damit die Jugendlichen einen besseren Zugang zur Berufswelt finden.

Lernmittelfreiheit einführen – Schulbuchkosten dürfen keine Schwelle sein

Forderung:

- Um Lernmittelkosten zu senken, müssen einheitliche Schulbuchlisten eingeführt werden, so dass der ärgerliche Zusatzerwerb für Lehrbücher bei Klassen- oder Schulwechsel entfällt. Viele Eltern können davon ein Lied singen.
- Landesweit soll die Lernmittelfreiheit eingeführt werden.

Lernmittelfreiheit ist nicht nur ein soziales und solidarisches Mittel, um auch Kindern aus einkommensschwachen oder „bildungsfernen“ Schichten Bildung und höhere Schulabschlüsse zu ermöglichen. Sie trägt auch zu einem nachhaltigen und Ressourcen schonenden Umgang mit den Lernmitteln bei.

Die hohen Ausgaben für Schulbücher

- überfordern einkommensschwache Familien
- treffen besonders kinderreiche Familien mit niedrigem Einkommen
- diskriminieren die Kinder von arbeitslosen Eltern und Sozialhilfebezieher/innen
- belasten zunehmend auch Familien mit mittlerem Einkommen
- belasten den Landeshaushalt nur unerheblich
- bedeuten die Aufkündigung der Priorität Bildung insgesamt.

Wie soll das Konzept aussehen:

Zum Einstieg werden privat erworbene Bücher aus dem Vorjahr gegen Entgelt oder als Spende in den Bücherbestand der Schule übernommen. Sie bilden den Grundstock, der jährlich erneuert wird.

Um unsere Forderung zu verdeutlichen, haben wir die Bücherlisten für das 5.Schuljahr

2008/2009 und die damit verbundenen Anschaffungskosten (in €) für Kinder einer Hauptschule (**HS**), einer Realschule (**RS**), einer Integrierten Gesamtschule (**IGS**) und eines Gymna-

siums (**Gymn**) – alle in Ludwigshafen – verglichen:

	HS	RS	IGS	Gymn.
Kath. Schüler	206,45	212,80	252,20	234,25
Evang. Schüler	208,45	215,80	257,20	231,13
Ethik	211,00	217,35	259,75	227,40

Dazu kommen in der Regel noch die Anschaffungskosten für:

Hefte DIN A 4, verschieden farbige Umschläge, Bleistifte, Wasserfarbkasten, Pinsel, Schere, Klebstoff, Geo-Dreieck, Zirkel, Lektüre und Papiergeld und eventuelle Kopierkosten usw.

Die aufgelisteten Kosten erhöhen sich noch dadurch, dass an unterschiedlichen Schulen unterschiedliche Lehrbücher für gleiche Fächer eingesetzt werden. Viele Eltern können ein Lied davon singen. Auch Wandertage und Klassenfahrten belasten den Familienetat zusätzlich.

Es soll also ein System entwickelt werden, das jedem Schüler das notwendige Schulbuch zusichert.

Sichere Schulwege – bessere Schulbusleistungen

Zur freien Schulwahl gehört eine ordentliche ÖPNV-Verbindung zu den Schulen. Diese Gütesiegel verdienen einige überfüllte Schulbusse nicht. Auffallend dabei ist, dass die Stadt vom Land mehr Fahrkostenzuschuss für die Schüler einnimmt als sie ausgibt. Sie verdient am Zuschuss. Die Schulwegzeiten sind zum Teil sehr lang und verschlingen letztlich Lernzeit. Das Schülerticket ist teurer als das Seniorenticket. Das ist einer Familie mit mehreren Schulkindern nicht zu erklären.

Unsere Forderung: Schulwege und Schulbusverbindungen müssen sicher sein.

Sichere Schulweg: Beispiel Edigheim, Frankenthaler Kanal hier wird Sicherheit vernachlässigt.

Hochschulcampus

Hochschule, angewandte Forschung sowie Technologietransfer sollen deutliche Markenzeichen für unsere Stadt im Aufbruch werden. Der Zusammenschluss der Ev. Fachhochschule für Sozialwissenschaften mit der staatlichen Hochschule für Wirtschaft muss durch ein neues Raumkonzept an einem Standort sichtbar werden. Hierfür ist das Land in der Pflicht. Für die 4000 Studierenden ist bisher nur eine Zielzahl von 1000 zugebilligt. Das bedeutet überfüllte Räume, zahlreiche angemietete oder abgewirtschaftete Räume für die Studenten und eine Verteilung auf zahlreiche Standorte. Wir werden uns zusammen mit der Stadt und der Hochschule für eine bessere Förderung des Hochschulstandortes Ludwigshafen einsetzen.

III. Arbeitsplätze schaffen

Stadt der Chemie erhalten

Die FDP bekennt sich zu Ludwigshafen als Stadt der Chemie. Den Produktionsort in vollem Umfang zu halten, Ergänzungen und Erweiterungen für Beschäftigung und Ausbildung aufzubauen, gehört zu den zentralen Aufgaben aller Verantwortlichen. Ebenso ist es erforderlich, alle Technologien zu nutzen, um die Wohnqualität in Ludwigshafen trotz vielfältiger Produk-

tionsstätten auszubauen. Belastungen durch Lärm und Verkehr müssen auf ein verträgliches Maß zurückgeführt werden. Lärm treibt die Menschen aus der Stadt.

Vögele – große Chance für die Menschen

Die FDP bekennt sich zu der Neuansiedelung der Firma Vögele. Sie bietet für unsere junge Generation eine zusätzliche gute Chance, hier Arbeit und gutes Auskommen zu finden.

IT-Unternehmen als zusätzliches modernes Standbein

Ludwigshafen gehört zu den Städten mit einer schlechten Arbeitskräfte-Bilanz. Vor allem Arbeitsplätze in neuen technologieorientierten Betrieben sind Mangelware. Deshalb hat sich die FDP dafür stark gemacht, Unternehmen und Arbeitsplätze in der Informationstechnologie zu stärken. Informationstechnologie ist ein neues Standbein für Ludwigshafen geworden. Hierfür gibt es schon eine gute Basis, die weiter ausgebaut werden soll. Über einen IT-Campus sollen alle Unternehmen der Branche in der Metropolregion miteinander vernetzt werden. So können sie national und international ihre Leistungsstärke herausstellen und den Chemiestandort mit der Auszeichnung Technologiestandort ergänzen. Das IT-Forum ist auf einem guten Weg und sollte unterstützt werden – auch als Dienstleister in der Region.

Mittelstand stärken

Die kleinen und mittleren Unternehmen bilden die Stütze unserer Wirtschaft. Sie leisten einen hohen Beitrag für Ausbildung und Beschäftigung in der Region. Die Stadt muss ihre Leistung stärken durch

- ausreichende Gewerbefläche, damit Unternehmen in Ludwigshafen wachsen können
- Verzicht auf Konkurrenz und Wettbewerbsverzerrung durch städtische Unternehmen
- faire Ausschreibungsverfahren, bei denen kleine Betriebe eine Chance haben
- Verzicht auf Bevorzugung städtischer Betriebe zum Nachteil privater Betriebe
- günstige Energie- und Entsorgungsleistungen
- guten Service in der Verwaltung, rasche Genehmigungsverfahren und Reduzierung von Vorschriften auf das Mindestmaß.

IV. Lebenswerte Stadt – Stadt mit freundlichem Gesicht schaffen

Kulturelle Freizeitangebote und Events als neue Säule für Stadtqualität

Wir wollen ein erweitertes Kulturangebot, das man zur Entspannung und als Freizeiterlebnis gerne annimmt. Die Qualität kultureller Leistung steigt nicht mit dem Maß, in dem die Gesichter des Publikums durch ernste Mine dem Thema auf der Bühne Rechnung tragen.

Für kulturelle Leistungen sieht der städtische Haushalt ganze 1,95 % seiner Ausgaben vor. Das meiste davon beansprucht die Stadt für sich selbst einschließlich Theater (= 0,71% / 3,8 Mio. €), nur ein geringer Teil geht in die Förderung freier Kulturträger. Rechnet man die Verwaltungs- und Betriebskosten der Museen und anderen Einrichtungen, so bleiben für die tatsächliche Kulturarbeit nur noch wenige Euro übrig. Ergebnis: zu hohe Verwaltungs- und Betriebskosten, zu wenig kulturelle Leistung.

Forderung: Kultur ist ein wesentlicher Standortfaktor für eine Industriestadt. Sie muss offensiver und in größerer Partnerschaft mit freien Kulturträgern gefördert werden.

Die Stadt gab 2008 für die gesamte Kulturförderung einschließlich privater Theater 180 T€ im Jahr aus, aber für Schuldzinsen 36 Mio.€ im Jahr (2009 ca. 40 Mio.€) oder pro Tag 100 T€

Das Theater im Pfalzbau muss eine Prägung erfahren, die auf breitere Zustimmung stößt. Organisatorisch muss eine neue Struktur mit einem veränderten Management geschaffen werden. Es sollte in die Rechtsform einer GmbH überführt werden. Ein Theater als städtische Dienststelle, bei der ab 16 Uhr Überstunden geschrieben werden, ist ungeeignet für die Anforderungen eines leistungsfähigen Theaters.

Sanierung im Pfalzbau - galoppierende Kosten – was folgt danach?

Der Pfalzbau muss saniert werden, um neuen Brandschutzaufgaben Rechnung zu tragen. Gleichzeitig sollten weitere Modernisierungen für Theater und Tagungsangebote geschaffen werden. Die Kostenkalkulationen liefen der Stadtspitze davon. Am Beginn standen zehn bis 12 Mio. € danach waren es 15, 20, 25 zurzeit liegen wir bei über 31 Millionen € Mit der energetischen Sanierung (neue Fenster u.ä.) werden schon 40 Mio. € erwartet.

Ein zentrales Management für Kultur und Kongresse konnte die Große Koalition nicht erreichen. Genau dies hatten aber Experten gefordert, um für die riesige Investition eine bessere Nutzung zu finden. Wir haben im Grundsatz zwar die Sanierung unterstützt, weil ein geschlossener Pfalzbau die teuerste und hässlichste Lösung wäre. Noch teurer wird es aber, wenn der Pfalzbau schlecht genutzt wird und zu einem Prestigeobjekt erstarrt.

Forderung: Ein Gesamtmanagement für Kultur, Tagungen und Veranstaltungen muss geschaffen werden. Zahlreiche bisherige Mieter werden die Nutzungskosten für den Pfalzbau nicht mehr aufbringen.

Wohnort Ludwigshafen braucht stärkere Anziehungskraft

Über viele Jahre hinweg lässt Ludwigshafen Bürger in das Umland ziehen, weil sie bei uns – abgeschreckt von Geschoßbau, Verkehrsbelastung oder Lärm – für ein Haus oder eine Wohnung nicht investieren wollen. Ihren Wohnwunsch erfüllten sie sich in Landgemeinden. Sie geben dort das aus, was sie in Ludwigshafen verdienen. Deshalb muss das Wohnen in Ludwigshafen attraktiver werden. Es müssen zusätzliche Anreize geschaffen werden, solche Bürger aus dem „Speckgürtel“ um Ludwigshafen zurückzuholen und den Trend zu beenden.

Attraktives Wohneigentum für junge Familien

Um junge Familien in Ludwigshafen zu halten, müssen die Angebote zur Bildung von Wohneigentum verstärkt werden. Baulücken sollen in allen Stadtteilen genutzt werden, um jungen Familien urbanes Wohnen zu ermöglichen. Hierfür sollen alle Fördermöglichkeiten aktiviert werden. Dafür sind zahlreiche Verbesserungen notwendig, zum Beispiel:

Verkehr und Parken

Neubaugelände sind wichtig, um junge Familien in der Stadt zu halten. Aber gerade dort ist man meist auf den PKW angewiesen, da Geschäfte, Apotheke oder Arzt noch nicht angesiedelt sind. Stellplätze sind aber absolute Mangelware. Für die Karl-Dillinger-Straße (Melm) ergibt sich zum Beispiel folgende Rechnung:

- 1) 95 Einfamilienhäuser
- 2) 4 Mehrfamilienhäuser
- 3) 19 öffentliche Parkplätze ..und der Rest im Halteverbot (zu 15 €, Verwarnung fürs städt. Defizit).

Forderung: Chaos mit Kfz-Stellplätzen beenden

Die Zahl der Kraftfahrzeuge steigt wesentlich schneller als die Zahl der Stellplätze. In Neubaugebieten ist wegen der dichten Bebauung für Besucher, oft auch für die Anwohner, kein Parkplatz mehr zu finden. Die Straßen sind zugestellt. Der Verkehr schlängelt sich nur mühsam durch. Es muss ein Stellplatzkonzept erarbeitet werden, das der wachsenden Beeinträchtigung entgegenwirkt und dem Bedarf an Stellplätzen Rechnung trägt.

Wussten Sie, dass die Einnahmen aus Ordnungswidrigkeiten um eine halbe Million höher angesetzt wurden? Also muss man kontrollieren, wo es sich lohnt. Wo ist das? Nicht wo es gefährlich, sondern besonders einträglich ist.

Stadtentwicklung

Wenn Sie Gäste nach Ludwigshafen einladen, vermeiden Sie, dass Sie mit dem Zug kommen und am Hauptbahnhof aussteigen. Sie müssen sonst nachdrücklich erklären, warum Sie hier wohnen. Auch das angrenzende Gelände des Güterbahnhofs ist wenig hilfreich für ein gelungenes Entree in Ludwigshafen.

Das Hauptbahnhofgelände steht hässlich im Abseits. Mit dem neuen Innenstadtbahnhof wird dieser Trend verstärkt. Ohne neue stadtplanerische Vorgaben ist die Entwicklung dieser Fläche einschließlich des alten Güterbahnhofs für Veränderungen oder gar Investitionen blockiert. Dieser Entwicklungsbrache soll durch einen städtebaulichen Wettbewerb begegnet werden. Das Bahnhofgelände gehört zum Portal der Stadt. Es macht einen traurigen Eindruck und entwickelt sich ohne planerische Anstrengungen zu einem Symbol für eine kraftlose oder zurückgehende Stadtentwicklung.

Forderung: Städtebaulicher Wettbewerb für Gelände am Hauptbahnhof. Der Güterbahnhof sollte in die Entwicklungsfläche Fachhochschule und Technologiemeile einbezogen werden.

Einkaufen im Stadtteil – alles im Schatten vom Zollhof ?

Große Einkaufszentren auf der grünen Wiese, zum Beispiel westlich der B 9, ziehen nicht nur Käufer aus dem Umland an, sondern entziehen auch dem innerstädtischen Einzelhandel die Existenzgrundlage. Geschäfte schließen, das Warenangebot geht zurück. Verlierer sind der ansässige Handel und die Käufer, die nicht mit dem Auto einkaufen können.

Zu neuen Ufern

Wir wollen durch eine neue Rheinufergestaltung mit Promenade, hochwertigem Einkauf, lebendiger Gastronomie und gepflegten Freizeitangeboten die Chance nutzen, ganz neue Akzente zu setzen. Die Neugestaltung muss zielorientiert verfolgt werden. Es muss ein hochwertiges Angebot werden und es müssen auch die entsprechenden Zielgruppen angesprochen werden, sonst rutscht das Ganze ab zu dem, was wir schon an der Walzmühle und zum Teil in der (Achse Hemshof-) Fußgängerzone erfahren. Qualität und Niveau müssen auf Nutzer ihre Wirkung erzeugen. Man muss sich dort zu jeder Zeit wohl und sicher fühlen können.

Parkinsel und Uferkantenbebauung am Luitpoldhafen bieten die Chance für eine hoch attraktive Wohnbebauung. Diese Bebauung sollte im Wettbewerb bester architektonischer Ideen erfolgen. Städtisch vorgeschriebene Einheits-Ästhetik und das vielleicht noch mit einem einzigen Bauträger wäre das Ende der Chance, bevor sie nur zum Tragen kommen kann.

Hand anlegen - Kurs nehmen

Ein neuer Kurs ist gefordert, das Ziel lautet:

Ludwigshafen zu einer modernen und pulsierenden Stadt zu entwickeln.

Mit Leistungsträgern für Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur oder Sport die Stadt zu prägen.

Bürgerengagement und Leistungsbereitschaft für die Gemeinschaft zu stärken.

Die Schuldenspirale zu Lasten unserer Kinder zu beenden.

Die Bürger aus den Fesseln der großen Koalition zu befreien.

Wir müssen nicht alles haben. Aber das, was wir vorhalten, sollte gut sein.